

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Yvonne, wieder angelegt vom erlebnispädagogischen Schulprojekt „Klassenzimmer unter Segeln“, Bodo und ich werden nun unseren Rechenschaftsbericht vorstellen.

An dieser Stelle möchte ich mich persönlich als erstes für die gute und sehr kollegiale Zusammenarbeit bei Yvonne, Bodo und Dirk bedanken. Und natürlich bei allen Ehrenamtlichen, die an vielen Stellen, die GEW-Politik in den letzten Jahren mitgetragen und gestaltet haben.

Nicht zuletzt herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle. Sie haben auch in hektischen Zeiten nicht nur ihre Arbeit gemacht, sondern mit Geduld und Witz zum Gelingen vieler Aktionen beigetragen. Herzlichen Dank!

In wie weit und in welcher Form es uns in den letzten 11 Monaten gelungen ist, unsere Themen anzugehen, möchte ich an ein paar Beispielen stichpunktartig deutlich machen.

Die großen Themen...

Schule unter Coronabedingungen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Thema Corona war auch im letzten Jahr bestimmend für unsere Arbeit. Den Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten zu gewährleisten, aber auch das Recht der Schüler*innen auf Teilhabe zu sichern, war ein nicht immer leichter Spagat, wie auch die innergewerkschaftliche Diskussion und Positionierung beim Impfen...

Die Leitlinien unseres Handelns sind seit Beginn der Pandemie die Empfehlungen des RKI gewesen, um unsere berechtigten Forderung beim Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten und die Schüler*innen zu untermauern. Die Leitlinien unseres Handelns sind seit Beginn der Pandemie die Empfehlungen des RKI gewesen, um unsere berechtigten Forderung beim Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten und die Schüler*innen zu untermauern. Wir sind aber auch teilweise darüber hinaus gegangen, z.B. bei unseren Forderungen zur Boosterimpfung für die Kolleg*innen, die wir schon vor der Entscheidung der Stiko formuliert haben, weil dieses einfach sachlogisch für uns war.

Wir haben proaktiv und offensiv die Impfangebote für die Kolleginnen und Kollegin schon im Februar 2021 gefordert und auch auf die politische Bundes- und Landesebene eingewirkt, so dass die Beschäftigten an Schulen und in den Kitas in die Prioritätsgruppe zwei kamen.

Die GEW Hamburg hat sich aber auch frühzeitig wieder dem Thema Bildungsgerechtigkeit wieder zugewendet. Wir haben, aus den Erfahrungen des ersten Lockdowns, die Lehre ziehen müssen, dass sozioökonomisch benachteiligte Kinder und Jugendliche zu den großen Verlierern des Distanzunterrichtes gehören und haben im Juni 2020 unser Eckpunktepapier zur „Schule unter Coronabedingungen“ veröffentlicht. Teilhabe ist für uns ein hohes Gut, deshalb sind unsere Bestrebungen immer gewesen, unter den Aspekten von Arbeits- und Gesundheitsschutz natürlich, Schule als einen Lern- und Lebensort soweit es ging, offen zu lassen.

Deswegen haben wir ja gebetsmühlenartig unsere Forderungen, z.B. nach Wechselunterricht erhoben

Auch wenn die Schulbehörde Lockerungen anders als in anderen Bundesländern mittlerweile vorsichtig vorantreibt, nicht zuletzt „getrieben“ von der GEW mit alleine 16 Pressemitteilungen und dem dazugehörigen medialem Echo und politischen Druck zu dem Thema (nachzulesen unter...) und wir dies auch begrüßen, sind weder abgesicherte individuelle Schutzmaßnahmen noch Entlastungen

für die Kollegen und Kolleginnen in Sicht. Hier müssen wir noch nachbessern, Kolleginnen und Kollegen...

ABER: Ohne unseren beständigen und beharrlichen politischen Druck auf den Senator und die BSB wären die Schutzmaßnahmen schon längst über Bord gekippt worden, mit allen Konsequenzen...

Bildung von Geflüchteten:

Durch den Krieg in der Ukraine werden in den Schulen in Hamburg in den kommenden Monaten – ähnlich wie 2015/2016 – viele geflüchtete Kinder und Jugendliche ankommen. Wie auch 2015 müsse es nun darum gehen, die richtigen Weichen zu stellen, um Schule, aber auch Kitas für geflüchtete ukrainische Kinder und Jugendliche zu einem Schutzraum zu machen.

Nach fast zwei Jahren Pandemie wird das eine große Herausforderung für die Schulen und Kitas sein, obwohl sich die Beschäftigten (insbesondere, die der GEW) erfahrungsgemäß sehr für geflüchtete Kinder und Jugendliche engagieren. Wir begrüßen, dass die Schulbehörde bereits frühzeitig Informationen zum Schulbesuch für ukrainische Kinder und Jugendliche in ukrainischer Sprache veröffentlicht hat. Wir erwarten nach wie vor von der Schulbehörde eine gleichmäßige Verteilung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen auf alle Stadtteile sowie eine gleichmäßige Verteilung auf alle Schulen, auch auf die Gymnasien, sicherzustellen.

Wichtig war und ist der GEW, dass zusätzliche Ressourcen für diese Aufgabe bereitgestellt werden, und diese zusätzliche Herausforderung nicht auf Kosten des regulären und inklusiven Unterrichts bewältigt werden muss. Es werden unbedingt zusätzliche Fachkräfte gebraucht, insbesondere im Bereich Schulsozialarbeit und -psychologie sowie für die Sprachbildung. Denn sowohl Expertise für Traumata als auch Lehrkräfte für ‚Deutsch als Zweitsprache‘ sowie herkunftssprachliche Fachkräfte werden weiterhin verstärkt benötigt. Zugleich sollten Stadt und Behörde die Anerkennung ausländischer Lehramts-Abschlüsse deutlich erleichtern, um auch mehr Muttersprachler*innen in die Schulen bringen. Im Bereich der frühkindlichen Bildung braucht es die Einstellung von zusätzlichem Personal für die hinzukommenden Kinder entsprechend der ErzieherInnen- Kind-Relation und keine Erhöhung der Gruppengrößen, sowie zusätzliches Fachpersonal für den Umgang mit traumatisierten Kindern und Dolmetscherleistungen für die Elternarbeit.

Bildungsgerechtigkeit:

Wir haben mit den Leitlinien für gute Bildung und dem Eckpunktepapier zur Schule in Coronazeiten einen fruchtbaren Aufschlag gemacht. Hier haben wir anknüpft und weitergedacht: Die zivilgesellschaftliche Initiative „DirK abschaffen – Inklusion verbessern“ setzt sich ein für die Entwicklung inklusiver Schulgemeinschaften durch Sozialraumorientierung, Unterrichtsentwicklung und Lernprozessbegleitung.

Bisher scheiterte die Initiative im Gespräch mit der BSB. Jetzt wird ein Fachtag an der Universität Hamburg, am 11.5.22 veranstaltet!

Die Idee für ein systemisches Ressourcenzuweisungsmodell nimmt die Anregungen der EiBiSch-Studie auf, die deutlich herausgearbeitet hat, dass die unterschiedlichen Fördertöpfe und die damit verbundenen Diagnosen, Antragswege und Verfahrensregeln in keiner Weise zu einer qualitativen Schul- und Unterrichtsentwicklung beitragen, sondern wertvolle Arbeitszeiten von (sonder-)pädagogischem und psychologischem Fachpersonal in Schulen und Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) nicht mehr für die pädagogische Arbeit mit den Menschen in den Schulen bereit stehen, sondern für technokratische Verwaltungsverfahren wie „DirK“ aufgewendet werden. EiBiSch empfiehlt deshalb die Bündelung und koordinierte Vergabe aller zur Verfügung stehenden

Förderressourcen – nicht nur der sonderpädagogischen – als systemische Ressourcenzuweisung an die Schulen. Eine verlässliche, systemische Grundversorgung an allgemeinen Schulen sollte deshalb zur Beratung und Unterstützung dieser Kinder, Jugendlichen, und ihrer Lehrkräfte bereitstehen. Das Verwaltungsinstrument DIRK der BSB verschwendet stattdessen wertvolle Arbeitszeiten von Fachpersonal für formal-administrative Tätigkeiten. Dies hat weder zu einer guten Schul- und Unterrichtsentwicklung beigetragen, noch die Lernsituation benachteiligter Schülerinnen und Schüler verbessert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In Anbetracht der emotionalen und sozialen Notlagen weiter Teile der Hamburger Schülerschaft, können wir uns diese Fehlentwicklung nicht länger leisten.

Durch die Corona-Krise und des aktuelle Kriegsgeschehen wird das Belastungserleben insbesondere bei den ohnehin benachteiligten vulnerablen Schülergruppen mit Lernrückständen, Migrationsgeschichte und aus Armutslagen verschärft. Dies stellt eine enorme Herausforderung für die allgemeine Schule dar. Es besteht die Gefahr, dass Schülerinnen und Schüler in emotionalen und sozialen Problemlagen aufgrund fehlenden Fachpersonals unzureichende Unterstützung erleben und sich die Schulen nicht mehr in der Lage sehen, diese Schülerschaft zu halten. Diese Kinder und Jugendlichen, ihre Familien und die für sie verantwortlichen Fachkräfte brauchen jetzt Menschen statt Stempel! Eine verlässliche, systemische Grundversorgung an allgemeinen Schulen zur Beratung und Unterstützung durch multiprofessionelles Personal ist eine wichtige Voraussetzung für Schulqualität und Teilhabe.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die grundlegenden Forderungen, welche die GEW bereits seit langem auch bei vergangenen Gewerkschaftstagen an die Behörde gestellt hat, sind weiter zu bestärken: physische und psychische Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen vor Ort! Dies bedeutet, sinnvolle und abgesicherte Gefährdungsbeurteilungen unter Einbezug der Betroffenen und Personal- und Betriebsräte und darauf beruhende schützende und entlastende Maßnahmen für jeden und jede Beschäftigte besonders in KITA, Vorschule und Schule!

Dafür hat die GEW Hamburg ein Rechtsgutachten zur Umsetzung von Arbeits- und Gesundheitsschutz an Hamburger Schulen unter besonderer Beachtung der Arbeitsschutzorganisation in Auftrag gegeben, was die AG Gesundheit, bei deren Mitgliedern ich mich für Ihre jahrelange ehrenamtliche Arbeit bedanken möchte, initiiert hat und dessen Ergebnisse für Ihre Weiterarbeit nutzen wird. Auch wird es ein aktualisiertes Care-Paket geben.

Weiterbildung:

In Hamburg sind etwa 5 – 6000 Kolleg*innen in den unterschiedlichen Bereichen der staatlich finanzierten Weiterbildung tätig. Hierzu gehören Sprach- und Integrationskurse, Kurse aus dem Gesamtsystem der Agenturen der Arbeit sowie der beruflichen Rehabilitation. Bundesweit sind in der Erwachsenenbildung etwa 700.000 Beschäftigte tätig, etwa so viele Menschen wie im schulischen Bereich, das aber weitgehend außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung. Die Arbeit in diesen staatlich finanzierten, aber überwiegend privatwirtschaftlich durchgeführten Betrieben ist durch ‚Working Poor‘ und durch – außerhalb dieses staatlich gesteuerten Niedriglohnssektors kaum vorstellbare Arbeitsbedingungen – gekennzeichnet. Um die unhaltbare Situation der Lehrenden in der Weiterbildung zu verbessern wird die GEW Hamburg verschiedene Maßnahmen ergreifen. Die Hamburger GEW unterstützt die von der GEW-Fachgruppe initiierte Kampagne der VHS Hamburg für soziale Absicherung und höhere Honorare, führt Gespräche mit den Verantwortlichen der Hamburger Parteien zum Thema VHS- Hamburg-Kampagne, unterstützt eine Pressekampagne zur VHS- Hamburg-Kampagne, in der auch die Situation der Kolleg*innen in den privaten Trägern

thematisiert wird, und wirkt auf die Hamburger Regierung ein, damit diese ihren Koalitionsvertrag zum Thema umsetzt und auf der Bundesebene aktiv wird, um die Lage der Lehrenden in der gesamten Erwachsenenbildung zu verbessern

Vokatio:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele Jahrzehnte wurde in Hamburg nicht auf die sogenannte Vokatio, eine Art "Zulassung" der evangelischen Kirche für die Tätigkeit als Lehrkraft für evangelische Religion, geachtet. Kirchenmitgliedschaft und Vokatio waren auch keine Voraussetzungen für Lehrkräfte, die evangelische Religion als zusätzlichen Lernbereich im Grundschullehramt studiert haben. Im Zuge der Entwicklung des „Religionsunterrichts für alle“ (RUfa) wurde an den Hamburgischen Schulen die Vokatio als Bedingung für die Unterrichtsausübung in den letzten Jahren wiederbelebt. Diese neuartige Praxis haben wir als GEW Hamburg bereits per Beschluss auf unserem Gewerkschaftstag im September 2021 festgestellt, komme jedoch einem Verbot gleich, ein studiertes Fach zu unterrichten. Auch sei es keine Lösung, die betroffenen Lehrkräfte dann ausschließlich in ihrem Zweit- oder ggf. Drittfach einzusetzen. Wir haben die Schulbehörde zeithan aufgefordert, ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Lehrkräften wahrzunehmen und sich gegenüber den Religionsgemeinschaften dafür einzusetzen, dass alle ausgebildeten Religionslehrkräfte auch weiterhin ihr Fach in den staatlichen Schulen unterrichten dürfen. Wir haben zudem einen GEW-Arbeitskreis ‚Philosophie und Religion‘ eingerichtet, der sich für dieses Ziel engagiert eingesetzt hat“. Nun gibt es, forciert durch viele „Gespräche“ eine erfreuliche Entwicklung:

Neu ist eine Bestandsregelung für Religionslehrkräfte ohne Kirchenmitgliedschaft: Sofern Lehrkräfte über eine Fakultas für das Fach Evangelische Religion (2. Staatsexamen) verfügen und vor dem 01.08.2018 in den Hamburger Schuldienst eingetreten sind, können sie i. d. R. auch nach dem 01.08.2023 das Fach evangelische Religion erteilen – auch dann, wenn sie nicht Mitglied einer evangelischen Kirche sind. Grundsätzlich gilt das auch für fachfremde Lehrkräfte, die die vordem 01.08.2018 an einem Qualifizierungskurs des PTI/LI teilgenommen haben. Dieser Bestandschutz und die weiteren Regelungen sind erfreulich, und ein Erfolg für die GEW, da wir sicherstellen konnten, dass unsere betroffenen Kolleginnen und Kollegen weiterhin in den von ihnen studierten Fächern unterrichten können.

Organisationsentwicklung/Bildung von Arbeitsgruppen:

Der Gewerkschaftstag im September 2021 hat klare Aufträge an den Landesvorstand vergeben. So wurde der Landesvorstand beauftragt, zu diesem Gewerkschaftstag einen Antrag zur Abstimmung vorzulegen, der einen Prozess und ein Verfahren zur Organisationsentwicklung beschreibt. Hierfür wurde im Landesvorstand eine AG OE eingerichtet, die eine breite Beteiligung der Fach – und Personengruppe, Referate und Vertreter*innen der Antragsteller*innen ermöglichte. Am 24.9.22 wurde breit zu der Mitarbeit aufgerufen. In einem moderierten Prozess über 5 Monate hinweg, wurde der heute vorliegenden Antrag konsensual erstellt.

Der Landesvorstand hat auch eine Satzungscommission eingerichtet, nachdem zeitnah und verbandsöffentlich dazu aufgerufen wurde Die Satzungscommission soll offen die Frage der Amtszeitbegrenzung in den Gremien diskutieren und dazu mehrere Varianten vorlegen. Auch darüber werden wir heute beraten.

Ebenfalls seit dem letzten Jahr tagt eine AG Arbeitszeit wieder, die Strategien und vor allem Aktionen, in Rahmen einer Kampagne zur entsprechenden Korrektur des Lehrerarbeitszeitsmodells

entwickeln soll. Dabei wollen wir uns darin verzetteln, eine ausgearbeitete Alternative zur LazVO zu entwickeln, sondern wir wollen zum 20 jährigen Geburtstag, gerade jüngere Kolleginnen und Kollegen, informieren, aufklären und wachrütteln...dazu wird die AG dem Lavo im Mai einen Planungsstand geben.

Last but not least hat der Landevorstand zur Umsetzung des Antrages zur „Zukunft des Religionsunterrichtes“ eine weitere AG eingesetzt, die engagiert und kreativ Aktionen und Positionen erarbeitet.

Und zum Schluss liebe Kolleginnen und Kollegen:

Herzlichen Dank:

Für Eure Mitarbeit

Für Eure Arbeit in den Fachgruppen, Arbeitsgruppen und GEW-Gremien

Für Eure Arbeit in den Personalräten, Lehrer*innenkammer und Bündnissen

Für Euer gewerkschaftliches Engagement

Und für die persönlichen Worte an uns und für die Unterstützung in ganz unterschiedlicher Form!